

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 13, Nachtragshaushalt für das Jahr 2000,
erklärt **Monika Heinold**, finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene.ltsh.de

Nr. 099.00 / 11.05.2000

Die CDU muss hier und heute konkrete Vorschläge liefern

Der Austausch von Mannschaftsspielern führt nicht zwangsläufig zum Erfolg. Das führt uns gerade die CDU vor. Der neue finanzpolitische Sprecher, Herr Sager, macht es wie der alte: Die Landesregierung wird wieder einmal nur pauschal zum Sparen aufgefordert, eigene Ideen, wie es denn gehen soll, werden nicht mitgeliefert. Oder doch. ein Bereich wurde konkret benannt, nämlich der Eine-Welt Bereich. Na ja, das Einsparen von 400.000 DM sind bei 750 Mio. DM ja immerhin ein Anfang.

Ansonsten wird von der CDU beinahe täglich mehr Geld gefordert: für Schulen und Hochschulen, für Polizei und Kommunen. Lobbyarbeit ist wohl das Eine und Haushaltspolitik das Andere! Will die CDU ihren Ruf der „gespaltenen Zunge“ loswerden, muss sie hier und heute konkrete Kürzungsvorschläge liefern.

Wir alle wissen, dass die geplante Steuergesetzgebung dazu führt, dass sich das Land auf Mindereinnahmen von geschätzten 500 Mio. einstellen muss. Das ist ein Härte-test, denn Veräußerungserlöse stehen nur noch in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung und große nennenswerte Einsparpotentiale sind - wenn überhaupt - nur durch harte strukturelle Einschnitte zu erbringen.

Kleinvieh macht zwar auch Mist, aber wir wandern ja schon seit mehreren Jahren von Kürzungsoperation zu Kürzungsoperation. Und selbst für die zentralen Aufgaben des Landes können wir schon heute weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, als uns lieb ist. Deshalb muss aus unserer Sicht die Gegenfinanzierung der Steuerreform an sich und zu Gunsten der Länder verbessert werden.

Hier bräuchten wir die Unterstützung der CDU, die aber statt dessen täglich neue Steuerensenkungen fordert und sich Kompensationen wie z.B. einer Erhöhung der Erbschaftsteuer widersetzt - ohne Rücksicht auf die Länder. Aber auch wenn uns die Last der Steuerensenkungen jetzt trifft - eine Steuerreform mit Steuerentlastung ist von allen Parteien politisch gewollt.

Die Steuerreform, insbesondere die vorgesehene Absenkung der Steuersätze der Körperschafts- und Einkommensteuer ist ein großer Schritt hin zu einem international wettbewerbsfähigen, und vor allem vergleichbaren Steuersystem.

Die Landesregierung muss sich im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss auf der Grundlage des Koalitionsvertrags für eine angemessene Gegenfinanzierung und für eine Entlastung der Länder einsetzen. Wenn Herr Eichel durch die Lizenzverkäufe neue Einnahmen in Höhe von ca. 120 Mrd. erwartet und deshalb die Steuerausfälle verkraften kann, dann muss er Länder und Kommunen auch mit entlasten, z.B. durch eine vorzeitige Tilgung des Fonds Deutsche Einheit. Berlin wie Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern wie Sachsen - sie alle haben Probleme mit den prognostizierten Einnahmeausfällen.

Wir setzen bei der Initiative Schleswig-Holsteins deshalb auf die Unterstützung anderer Bundesländer. Wenn die Zahlen für 2001 auf dem Tisch liegen, werden wir in die Haushaltsberatung 2001 einsteigen: Grundlage wird die Finanzpolitik der letzten Jahre sein, weitere strukturelle Einschnitte werden dabei von uns mitgetragen und vor Ort vertreten. Ich lade die CDU dazu ein, sich dann einmal nicht auf die Seite der Demonstranten zu stellen, sondern auf die Seite derjenigen, die im Landeshaushalt nicht nur verbal, sondern real sparen wollen und werden.
